

Tagesordnung I Punkt 15 der öffentlichen Sitzung am 11. Februar 2010

Antrags-Nr. 09-F-06-0061

**Resolution zur Solidarität mit den Opel-Beschäftigten
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 09.12.2009 -**

Angesichts der drohenden Vernichtung von Tausenden von Arbeitsplätzen bei Opel stellt die Stadtverordnetenversammlung fest:

In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die am 10. Dezember 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen genehmigt und verkündet wurde, heißt es: „Jeder Mensch hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf angemessene und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz gegen Arbeitslosigkeit.“

Der von der Unternehmensleitung von General Motors angekündigte Abbau von mehreren Tausend Arbeitsplätzen bei Opel, darunter etwa 2500 Arbeitsplätzen am Standort Rüsselsheim, ist eine massive Verletzung der von den UN verkündeten Menschenrechte.

Die besondere Betroffenheit auch unserer Stadt, in der nicht wenige Opelbeschäftigte wohnen, bestärkt die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden gegen diese Arbeitsplatzvernichtung zu protestieren und ihre Solidarität mit den Opel-Beschäftigten und ihren Familien zu bekunden.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Oberbürgermeister und den Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden auf, ihrem Beispiel zu folgen, ihrem Protest gegen die von der GM-Unternehmensführung geplante Arbeitsplatzvernichtung Ausdruck zu verleihen, mit den Opel-Beschäftigten Solidarität zu zeigen und alles in ihren Möglichkeiten Stehende zu unternehmen, damit diese tausendfache Arbeitsplatzvernichtung verhindert wird.

Beschluss Nr. 0079

Der Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 09.12.2009 betr.

Resolution zur Solidarität mit den Opel-Beschäftigten

wird abgelehnt.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2010

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .02.2010

Dezernat I
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister